



Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen

Soziales Engagement in jedem Alter

Wer würde einen Schüler und seine Oberstudienrätin in einer Altersgruppe sehen? Bei „älteren Menschen“ geschieht so etwas – statistisch reicht die Altersspanne von 60 bis über 100! Und viele beginnen erst im „Rentenalter“, sich sozial zu engagieren – zum Beispiel in der Familie, im Verein oder in der Kirche. Andererseits erleben viele ältere Menschen, Hochbetagte, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung oder auch Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie ausgrenzt werden. Und genau dagegen lassen sich Initiativen und Projekte weltweit etwas einfallen. Der Impuls: Wer mitgestaltet, schließt sich und andere ein – in jedem Alter.

Fokus

Wie lässt sich soziales Engagement älterer Menschen am besten unterstützen?



Angaben in Prozent; n=1.000; an 100% fehlende Prozent: „weiß nicht“
Quelle: Bertelsmann Stiftung
(Befragung durch infas in NRW, 09/2014). | BertelsmannStiftung

Eine Zentralstelle, die alles koordiniert, geförderte Mehrgenerationen-WGs vor Ort oder Finanzierung von Organisationen, in denen Seniorinnen und Senioren Hilfe selbst in die Hand nehmen – drei verschiedene staatliche Fördermöglichkeiten sozialer Partizipation wurden bei einer Studie der Bertelsmann Stiftung abgefragt. Auch wenn alle drei Möglichkeiten mehrheitlich befürwortet werden, so fällt auf: Wenn ältere Menschen anderen älteren Menschen helfen, wenn das Grundprinzip also Gegenseitigkeit ist – dann ist die Zustimmung am deutlichsten.

Andreas Galling-Stiehler
Journalist

Telefon:
+49 172 1676365
E-Mail:
a.galling-stiehler@berlin.de

Henrik Riedel
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81266
E-Mail:
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

1. Mehrwert durch Partizipation – neue Perspektiven für ältere Menschen

„Wenig Vorhänge, aber viel Publikum hat so ein Leben. Es ist jedoch ein unkonzentriertes Publikum, das rein und raus geht, das oft schon vor der Pause die Veranstaltung verlässt“ (Bovenschen 2006: 32). In poetischem und selbstironischem Ton hat die Schriftstellerin, Sprach- und Literaturwissenschaftlerin Silvia Bovenschen in ihrem Bestseller „Älter werden“ das Thema der Ausgrenzung älterer Menschen beschrieben. Diese Notizen zu alltäglichen sozialen Erfahrungen haben Leserinnen und Leser vieler Generationen beeindruckt. Denn in einer Gesellschaft, die immer älter wird und gleichzeitig in ihrer Alltagskultur Jugendlichkeit – von der „Wellness“ bis zur „Selfness“ – wie ein Ideal hochhält, ist Alter sozial schwer fassbar. Das gelingt meist nur durch persönliche Erfahrungen, die Generationen miteinander teilen. Daran setzen heute nachhaltige Sozialpolitik wie zivilgesellschaftlich organisierte Hilfe und Selbsthilfe gleichermaßen an.

„Du bist älter geworden“ – das ist in der deutschen Alltagssprache in der Regel nur bei Kindern ein Kompliment. Und doch werden wir im Durchschnitt immer älter – in Nordrhein-Westfalen lebten 2011 rund 3,707 Millionen ältere Menschen (20,78 Prozent), im Bund waren im Jahr 2012 laut Statistischem Bundesamt 21,66 Prozent über 60 Jahre. Tendenz: steigend. Zur Altersgruppe der über 60-Jährigen zählen nun Bundes- und Landesminister, erfolgreiche Manager in der Wirtschaft, Maler, Musiker oder auch engagierte Handwerker und Ärzte in sozialen Projekten. Es gehören aber auch Menschen dazu, die aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen

nicht am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können, bei denen zum Teil Armut und sogar akuter Pflegenotstand drohen.

Der Moralphilosoph Peter Bieri nennt neben der Selbstbestimmung auch ein soziales Handeln, das dem Anderen „eine offene Zukunft lässt“ (Bieri 2013: 153 ff.), als Kriterium einer würdevollen Lebensart. Seniorenengagements, Wohngemeinschaften, in denen Generationen miteinander den Alltag bestreiten, klassische Selbsthilfe oder innovative Modelle interkultureller Kompetenzvermittlung – all das sind Beispiele dafür, wie älteren Menschen eine solche würdevolle und nachhaltige Teilhabe ermöglicht werden kann. Die Erfahrungen zeigen: Soziale Partizipation führt zu so genannten „Verbundeffekten“. Das bedeutet: Sie hat positive Wirkungen auf die kulturelle, politische und wirtschaftliche Teilhabe von älteren Menschen.

Hierzu hat das Projekt „Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln“ der Bertelsmann Stiftung Impulse aus Deutschland und der ganzen Welt gesammelt und ausgewertet. Die Grundidee: Das Projekt identifiziert Best Practices für Nachhaltigkeitsstrategien im In- und Ausland, macht sie in Deutschland bekannt und überträgt sie exemplarisch auf Nordrhein-Westfalen (NRW) sowie ggf. andere Länder. Das Projekt wird gefördert durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV).

2. Impulse für die Nachhaltigkeitsstrategie NRW

Das Land NRW plant, bis Ende 2015 – mit Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesell-

schaft, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft – eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten (vgl. MKULNV 2013). Nachhaltigkeitsstrategien können allgemein verstanden werden als koordinierte, partizipative und iterative Prozesse, um ökonomische, ökologische und soziale Ziele in ausgewogener und integrierter Weise zu erreichen (vgl. UNDESA 2002: 1). Im Jahr 2014 hat die Bertelsmann Stiftung dafür drei themenspezifisch ausgerichtete Impulspapiere erarbeitet. Die Themen wurden aus Themenfeldern abgeleitet, die zu Projektbeginn mit dem MKULNV vereinbart worden waren:

- Aus dem Themenfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ wurden das Thema „Nachhaltiger Konsum“, die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie der Aspekt der Konsumkompetenz näher betrachtet.
- Aus dem Themenfeld „Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe“ wurden das Thema „Nachhaltige Partizipation“, die Zielgruppe der älteren Menschen sowie das soziale Engagement genauer untersucht.
- Aus dem Themenfeld „Nachhaltige Finanzpolitik“ wurden das Thema „Nachhaltige Haushaltspolitik“, die rechtlichen Regelungen der Schuldenbremse sowie die Frage der Konsolidierung des Landeshaushalts fokussiert.

3. „Hilfe für Fremde“, „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ – Partizipation durch Engagement

Nachhaltig ist Partizipation nur dann, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen – Menschen unterschiedlichen Alters genauso wie Menschen in besonderen Prob-

lem-lagen – beteiligt werden. Die ehrenamtliche Mitarbeit im Gemeinderat, das Engagement als Mentorin oder Mentor in einem Ausbildungsbetrieb oder der Einsatz in Vorleseprogrammen für bettlägerige Patienten – nachhaltige Beteiligung am Miteinander findet in Politik, Wirtschaft, Kultur und im Sozialbereich statt. Sie leistet direkt oder indirekt Beiträge zur ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung. Sie ist nicht nur aufgrund der demographischen Entwicklung von besonderer Bedeutung, sondern auch, weil immer mehr Menschen sich im Alter engagieren. Die Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements ist auch Ausdruck einer neuen Sichtweise, in der Alter eher als „Chance“, denn als „Risiko“ für die Gesellschaft betrachtet wird.

Partizipation bedeutet, offen auf Menschen zuzugehen, herauszufinden und anzubieten, was sie ganz konkret benötigen, um teilzuhaben. Im Umkehrschluss bedeutet es auch: Es braucht ein politisches und zivilgesellschaftliches Engagement, um zu erreichen, dass Menschen nicht mehr ausgeschlossen werden. Engagement wiederum heißt: sich aktiv, freiwillig und ehrenamtlich (bürgerschaftlich) für verschiedene Anliegen in unterschiedlichen Organisationsformen einzusetzen. Partizipation und Engagement – das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Frank Schulz-Nieswandt und Ursula Köstler sprechen bei bürgerschaftlichem Engagement zum einen von „Hilfe für Fremde“ im Sinne einer Hilfe für Dritte, „mit denen man als helfende Person nicht die Merkmale des Hilfeanlasses teilt“ (Schulz-Nieswandt, Köster 2011: 43). Konkret ist hiermit das klassische Ehrenamt gemeint. Zum anderen beschreiben sie die „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ als eine „soziale Selbsthilfe in Form der Gegenseitigkeitshilfe, wobei die Menschen reziprok jeweils Fremde sind, die in eine intensive Beziehung eintreten“ (Schulz-Nieswandt, Köster 2011: 43). Ein

Beispiel ist die Seniorengenossenschaft, bei der gilt: „Mitglieder, die Dienstleistungen für andere Mitglieder erbringen, erwerben Ansprüche auf Versorgungsleistungen“ (Köstler 2010: 24).

Wie das „Handbuch zur Partizipation“ der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt betont, ist Demokratie „auf die Mitbestimmung der an ihr beteiligten Personen angewiesen“ (SenStadtUm 2012:14). So setzt Partizipation einerseits „Nachfrage“ (Bürgerinnen und Bürger, die dazu bereit sind, sich einzubringen) und andererseits „Angebot“ (Initiativen, Maßnahmen, Modelle und Methoden, die eine Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglichen) voraus. Das gilt auch für soziale Partizipation. Hier setzt der Staat den erforderlichen Rahmen. Er kann Maßnahmen fördern und für Impulse sorgen.

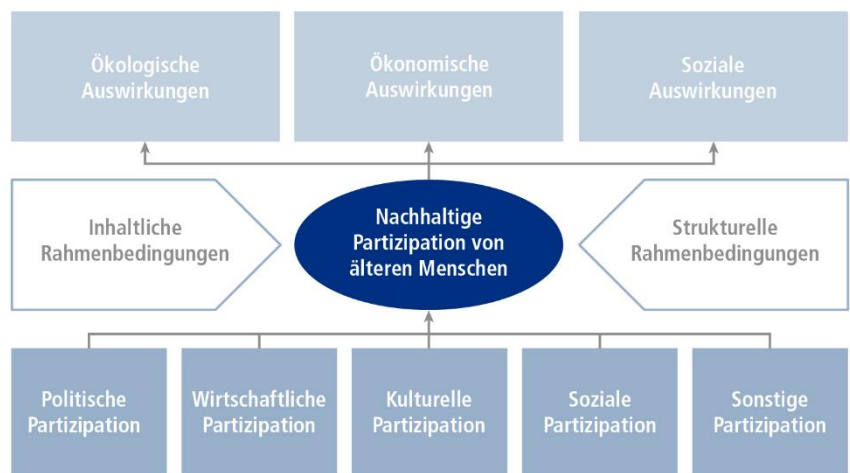
4. Nachhaltig heißt: Sich engagieren und andere einbinden

Nachhaltige Teilhabe ist „inklusiv“ – das heißt: alle gesellschaftlichen Gruppen und Generationen sollen eingeschlossen sein bzw. beteiligt werden. Erst dadurch kann ein besonderer

„Mehrwert“ für die nachhaltige Entwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt entstehen.

Ausdruck findet diese Sicht in einem Kausalmodell, das Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren benennt, die Aufschlüsse für eine differenzierte Bestands- und Bedarfsanalyse in NRW liefern (siehe Abb. 1). Zu inhaltlichen Rahmenbedingungen zählen dabei ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Dabei geht es beispielsweise um Fragen wie diese: Wie leben Menschen in Ein- oder Mehrpersonen-Haushalten zusammen, woher stammen sie, welches Einkommen, welche Altersstruktur und welche Bildung haben sie? Oder auch: Wie gesund sind ältere Menschen in einer Kommune, und wie wichtig ist ihnen Gesundheitsvorsorge? Als strukturelle Rahmenbedingungen gelten u. a. die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bzw. Strukturen in den Bereichen Zivilgesellschaft oder Wirtschaft, die für das Thema „Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen“ relevant sind. Aber auch die Mobilitätsangebote durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder

Abb. 1: Kausalmodell zur nachhaltigen Partizipation von älteren Menschen



Informations- und Bildungsangebote zählen dazu. Die Einflussfaktoren werden aus unterschiedlichen Bereichen abgeleitet: Die Vereinten Nationen unterscheiden die Partizipation im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich. Nach der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ kann sich das Engagement aber auch auf andere Bereiche, wie z. B. Kirche und Religionsgemeinschaften oder Umweltschutz, erstrecken.

Im Rahmen des Kausalmodells sollen daher folgende Einflussfaktoren für eine nachhaltige oder nicht nachhaltige Partizipation unterschieden werden:

- Politische Partizipation (Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen);
- Wirtschaftliche Partizipation (Erwerbsarbeit, Zugang zum Arbeitsmarkt);
- Kulturelle Partizipation (Beteiligung an Kultur- und Freizeitaktivitäten);
- Soziale Partizipation (Beteiligung im Sozialbereich, insbesondere Ehrenamt);
- Sonstige Partizipation (in Kirchen, Religionsgemeinschaften, Umweltschutz u. a.).

Erst wenn alle diese Bedingungen und Faktoren in den Blick geraten, ist so etwas wie ein „Controlling“ nachhaltiger Partizipation möglich – hinsichtlich ökonomischer Auswirkungen (z. B. Erwerbstätigkeitsrate oder Ausgaben für Pflege und Betreuung), ökologischer Auswirkungen (z. B. Effekte umweltbezogener Aktivitäten oder Ressourcenverbrauch in Mehrgenerationenwohnformen) und sozialer Auswirkungen (z. B. Indikatoren zum gesellschaftlichen Zusammenhalt oder zur Integration von Menschen in besonderen Lebenslagen).

5. Best Practices und Lösungsansätze für NRW

Die größere gesellschaftliche Bedeutung der Partizipation zeigt sich nicht zuletzt an der inhaltlichen Breite staatlicher Förderung. So hat das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA) folgende Förderungsschwerpunkte:

- „Leben im Alter“ (Seniorenvertretungen und Seniorenarbeit, u. a.);
- „Leben im Quartier“ (Masterplan altersgerechtes Quartier, u. a.);
- „Mitgestalten & Mitentscheiden“ (Kompetenzförderung, u. a.);
- „Gemeinwesenorientierte Arbeit“ (Information, Entwicklung, u. a.);
- „Lebenslanges Lernen“ (Weiterbildung, u. a.);
- „Ältere Migrantinnen & Migranten“ (Bildungsangebote, Quartiersentwicklung, u. a.);
- „Altersdiskriminierung“ (Altenberichterstattung, u. a.).

Das Spektrum der geförderten Organisationen reicht von der Landesseniorenvertretung NRW e. V. (LSV) über die Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW (LaS), die ZWAR Zentral NRW (Zwischen Arbeit und Ruhestand), das Forum Seniorenarbeit NRW, das Landesbüro für altersgerechte Quartiere.NRW, die Landesstelle Pflegenden Angehörige Nordrhein-Westfalen, die Landesinitiative Demenzservice Nordrhein-Westfalen, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) und KOSKON NRW (Koordination für Selbsthilfe in Nordrhein-Westfalen) bis hin zu den örtlichen Seniorennetzwerken und den Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Das bürgerschaftliche Engagement in NRW wird außerdem durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW

(MFKJKS) sowie das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) gefördert.

Die Bestandsaufnahme zur nachhaltigen Partizipation hat folgenden Handlungsbedarf gezeigt: Es braucht eine Stärkung der „Partizipationskultur“ unter älteren Menschen in NRW. Dafür müssen auch Gruppen angesprochen werden, die besonders von Ausgrenzung betroffen sind, wie beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Menschen mit Behinderungen. Reale und virtuelle Mobilität – auch bei der Infrastruktur gibt es vor Ort Handlungsbedarf. In den Ballungsräumen ist Engagement gefordert, ohne den ländlichen Raum dadurch zu vernachlässigen. Transparenz und Information sowie die Einbeziehung Älterer in die Förderung – auch das ist zentral. Hier liegen viele Chancen, von der Erfahrung engagierter und kompetenter älterer Menschen zu profitieren. Einmal mehr ist bei nachhaltiger Partizipation eine ressortübergreifende auf Landes- und kommunaler Ebene effektive Strategie gefordert – mit einem übergreifenden Leitbild.

Wie originell Politik mit Bürgerinnen und Bürgern in Dialog treten kann, zeigt das Land Bhutan. Der asiatische Binnenstaat führt regelmäßig Umfragen zum „Bruttosozialglück“ (Gross National Happiness) nach einem festen Index durch. Die Ergebnisse der Befragung dienen und dienen als Grundlage für die Politikgestaltung. Weitere wertvolle Impulse für ganzheitliche politische und zivilgesellschaftliche Lösungen liefern Best Practices:

- Österreich: Unabhängiges Landes-Freiwilligenzentrum (ULF). Die Idee: tätige Solidarität zwischen Generationen, Kulturen und gesellschaftlichen Schichten. Die Angebote: Beratung, Netzwerkbildung, Weiterbildung und Lobbying.

- Berlin: Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe (komzen). Das Zentrum ist Lotse, Beratungsstelle, Ort für Projektpräsentation und Erfahrungsaustausch, Treffpunkt und Fachpartner für Medien und Öffentlichkeit, wenn es um die interkulturelle Öffnung der Altenarbeit und den Abbau von Barrieren geht.
- Bayern: Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“. Der vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration herausgegebene Wegweiser bietet Informationen und gute Beispiele zu Senioren-genossenschaften – von Konzept und Aufbau bis zur Kommunikation.
- Sachsen: Gutachten zur Etablierung von Senioren-genossenschaften. In dem Gutachten wird das Genossenschaftskonzept, die Funktionsweise des Zeitaustauschsystems – mit der Option einer „monetären Hinterlegung“ – sowie der Umfang der auszutauschenden Hilfeleistungen beschrieben. Die Empfehlung: Durchführung einer Stakeholderanalyse und Entwicklung einer Kommunikationsstrategie.
- Deutschland: Wohnen für Hilfe. In dem bundesweiten Programm geht es darum, dass ältere Menschen jungen Menschen günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Das Ziel: intergenerationaler Zusammenhalt.
- Frankreich: ensemble2générations (zwei Generationen gemeinsam). Die Idee: kostengünstigen Wohnraum für Studierende fördern und Einsamkeit von Senioren verringern. Das Konzept: Hilfe in kostenlosen, sparsamen und solidarischen Wohnformen.

Impulse, Forschungsergebnisse, Expertenmeinungen und Befragungsdaten – all das ist in einen Katalog zentraler Lösungsansätze für NRW geflossen. Sie sehen eine

Abb. 2: Lösungsansätze für Nordrhein-Westfalen

Hilfe für Fremde	Koordinierungsstelle für die Partizipation von älteren Menschen <ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung wesentlicher Akteure • Partizipative Entwicklung • Strategische Ausrichtung • Steuerungsgruppe • Leitlinien, Zielen und Indikatoren • Öffentlichkeitsarbeit, Information und Kommunikation • Modellprojekte, Fortbildungen und Tagungen
Hilfe auf Gegenseitigkeit	Programm zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit <ul style="list-style-type: none"> • Ist-Analyse, ggf. Modellentwicklungen • Förderkonzept • Kommunikation
Sonstiges soziales Engagement	Förderung intergenerationaler Wohngemeinschaften <ul style="list-style-type: none"> • Konzeptionelle Optionen: Kostenloses, sparsames und solidarisches Wohnen • Förderkonzept • Kommunikation

| BertelsmannStiftung

Koordinierungsstelle vor: Durch die Partizipation der Betroffenen und ein großes Netzwerk soll hier eine nachhaltige Beteiligungsstrategie für NRW entwickelt und umgesetzt werden. Das Modell der Senioren-genossenschaften mit seinem System des Zeitaustausches – das steht im Zentrum des Programms zur Unterstützung innovativer Modelle der Hilfe auf Gegenseitigkeit. Intergenerationelle Wohngemeinschaften stellen einen weiteren Lösungsansatz dar. Das Prinzip: Der „Vermieter“ stellt Wohnraum und Gesellschaft zur Verfügung; der „Mieter“ zahlt keine oder eine reduzierte Miete und bringt ggf. Hilfe- und Gesellschaftsleistungen mit in die Wohngemeinschaft ein. Das Verbindende: Alle Lösungsansätze setzen an gelebter Partizipation an.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen.

Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter. Gütersloh 2014.

- Bieri Peter. Eine Art zu leben. Über die Vielfalt menschlicher Würde. München 2013.

- Bovenschen Silvia. Älter werden. Notizen. Frankfurt am Main 2006.

- Köstler, Ursula, Frank Schulz-

Nieswandt. Genossenschaftliche Selbsthilfe von Senioren. Motive und Handlungsmuster bürgerschaftlichen Engagements. Stuttgart 2010.

- MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen). Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2013.

- SenStadtUm (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin). HANDBUCH ZUR PARTIZIPATION. 2. Auflage. Berlin 2012.

- Schulz-Nieswandt, Frank, Ursula Köstler. Bürgerschaftliches Engagement im Alter. Hintergründe, Formen, Umfang und Funktionen. Stuttgart 2011.

- UNDESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). Guidance in Preparing a National Sustainable Development Strategy: Managing Sustainable Development in the New Millenium. Background Paper No. 13. DESA/DSD/PC2/BP13. 2002.

Policy Brief 2014/02: 20 Jahre Binnenmarkt

Die zunehmende europäische Integration hat das Wirtschaftswachstum der beteiligten Länder erhöht. Werden die kumulierten Zuwächse des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner berechnet, die sich aus dem Zusammenwachsen Europas zwischen 1992 und 2012 ergeben haben, können alle betrachteten Länder Einkommensgewinne aus der europäischen Integration erzielen. Die größten Gewinne ergeben sich für Dänemark und Deutschland. Von 1992 bis 2012 konnten alle Länder außer Griechenland dank der europäischen Integration höhere Pro-Kopf-Einkommen erzielen.

Policy Brief 2014/03: Arbeit in der digitalen Welt

Es ist vorstellbar, dass das Beschäftigungsvolumen durch den technologischen Wandel kleiner wird. Die Visionen zur Zukunft des Arbeitsmarktes haben vor allem mit dem durch das Internet ermöglichten Arbeiten in der Cloud zu tun. Für die, die im Arbeitsmarkt verbleiben würden, könnte das Arbeitsverhältnis der Zukunft durch eine virtuelle Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung geprägt sein oder sie wären selbstständige Innovatoren. Für angestellte Cloudworker bräuchte es dann zeitgemäße Arbeitsverträge und Führungskonzepte. Entrepreneurere sollten sich auf die menschliche Kernkompetenz des gezielten Fragens konzentrieren können.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Demnächst erscheint:

- Lohnungleichheit und internationaler Handel